

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Dr. Arabel Bernecker-Thiel (NEOS), Mag. Dolores Bakos, BA (NEOS), Thomas Weber (NEOS), Mag. Lukas Burian (NEOS), Dr. Sascha Obrecht (SPÖ), Marina Hanke, BA (SPÖ), Maximilian Krauss, MA (FPÖ), Georg Prack, BA (GRÜNE), Mag. Berivan Aslan (GRÜNE), Mag. Heidemarie Sequenz (GRÜNE), Harald Zierfuß (ÖVP) und Hannes Taborsky (ÖVP) zu Post Nr. 24 der Tagesordnung für den Gemeinderat am 20.01.2026.

Verurteilung der massiven Menschenrechtsverletzungen durch das iranische Regime im Zuge der landesweiten Proteste

Rund 18.000 Iraner:innen und Menschen mit Wurzeln im Iran leben in Wien, viele von ihnen sind vor dem aktuellen Mullah-Regime geflüchtet. Viele haben Angehörige im Iran, die aktuell um ihr Leben fürchten müssen. Als Stadt der Menschenrechte, als Amtssitz der Vereinten Nationen und als internationale Metropole trägt Wien eine besondere Verantwortung, zur brutalen Niederschlagung der aktuellen Proteste klar Stellung zu beziehen.

Seit Wochen erlebt der Iran eine noch nie dagewesene Welle an Protesten im ganzen Land, die sich gegen das repressive und frauenverachtende Mullah-Regime richtet. Was als Proteste von Kaufleuten gegen die wirtschaftliche Krise begann, entwickelte sich rasch zu einer landesweiten Freiheitsbewegung. Unzählige Menschen protestieren, trotz massiver Repression und Kommunikationsabschaltungen.

Diese Proteste werden von einer außergewöhnlich breiten, gesellschaftlichen Basis getragen: Familien, Frauen, Studierende, Arbeiter:innen, Händler:innen und

Angehörige aller Generationen gehen gemeinsam auf die Straße. Das iranische Regime begegnet ihnen dabei mit beispielloser Gewalt. Sicherheitskräfte schießen gezielt auf Demonstrierende. Tausende Menschen wurden bereits getötet und zehntausende verhaftet. Erste Todesurteile gegen Demonstrierende wurden bereits verhängt und sollen vollstreckt werden. Gleichzeitig wurde das Internet im ganzen Land abgeschaltet, um die Verbreitung von Bildern und Informationen zu verhindern und sich im Schutz der Dunkelheit der Verantwortung zu entziehen.

Wir erinnern uns an die Proteste, die im Jahr 2022 nach der Ermordung von Jina Mahsa Amini stattgefunden haben. Frauen im Iran sind ganz besonders von Repression betroffen, da ihnen grundlegende Freiheitsrechte, wie das Recht auf körperliche Selbstbestimmung, verwehrt werden. Ihr Mut, unter diesen Bedingungen auf die Straße zu gehen, soll hier ganz besonders hervorgehoben werden.

Die Tragweite der aktuellen Proteste und die brutale und menschenrechtswidrige Reaktion der Sicherheitskräfte sind ein Beweis dafür, dass das Regime jede Legitimität verloren hat. Die Menschen im Iran fordern einen grundlegenden politischen Wandel, einen Regimewechsel und ein Leben in Freiheit. Mit diesem Antrag bringen wir zum Ausdruck, dass wir diesem Streben nach Freiheit und Demokratie der Iraner:innen unterstützend beistehen.

Das iranische Regime ist aber nicht nur ein Unterdrückungsapparat nach innen, sondern auch ein Destabilisierungsfaktor nach außen. Es finanziert Terrororganisationen in der ganzen Region, mischt sich militärisch in regionale Konflikte ein und trägt maßgeblich zur Destabilisierung im Nahen Osten bei. Diese Politik hat direkte Auswirkungen auf Europa und Österreich – durch Fluchtbewegungen, geopolitische Instabilität und wirtschaftliche Verwerfungen.

Die unterzeichnenden Gemeinderät*innen stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien folgenden

BESCHLUSSANTRAG

Der Wiener Gemeinderat erklärt sich solidarisch mit den Iraner*innen, die für ihr Streben nach Demokratie, Selbstbestimmung und Freiheit auf die Straße gehen.

Der Wiener Gemeinderat verurteilt die brutale Niederschlagung der aktuellen Proteste im Iran durch das iranische Regime und die damit verbundenen Menschenrechtsverletzungen gegen sein Volk auf das Schärfste.

Der Wiener Gemeinderat ersucht die Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten sich weiterhin dafür einzusetzen, dass die Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit im Iran gewährleistet werden und dass das Vorgehen des iranischen Regimes Konsequenzen nach sich zieht. Außerdem wird die Bundesministerin ersucht, sich weiterhin für die Freilassung aller politischen Gefangenen und die Aussetzung der Vollstreckung der Todesstrafe einzusetzen.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

20.01.2026